



F r e i e H a n s e s t a d t B r e m e n

**Rede des Präsidenten des Senats,
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte,
zum Thema „Tankrabatt“
im Bundesrat
am 25. September 2026**



Es gilt das gesprochene Wort!

Herr Präsident,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

wenn die Preise für Benzin und Diesel innerhalb kurzer Zeit massiv steigen, kann der Staat nicht danebenstehen und sagen: Das regelt der Markt schon.

Hohe Spritpreise treffen viele Menschen unmittelbar. Die Pendlerin, die jeden Morgen zur Arbeit fahren muss. Den Handwerker, der auf seinen Transporter angewiesen ist. Die Pflegekraft im Schichtdienst, für die um sechs Uhr morgens kein Bus fährt. Und sie treffen viele Unternehmen, gerade im Handwerk, in der Logistik und im Mittelstand.

Deshalb ist es richtig, dass wir jetzt handeln. Und deshalb trägt Bremen die kurzfristige Entlastung mit.

Aber eines ist auch klar: Wir können nicht bei jedem neuen Ölpreisschock Milliarden aufwenden, um Benzin und Diesel pauschal zu verbilligen. Zumal diesmal die Länder die Hälfte der Kosten tragen sollen – insgesamt 1,25 Milliarden Euro. Das kann kein dauerhaftes Modell sein und das kann sich zumindest mein Land ohne Gegenfinanzierung schon diesmal nicht leisten.

Die entscheidende Frage lautet deshalb nicht nur: Wie entlasten wir jetzt? Sondern auch: Wie machen wir es beim nächsten Mal besser?

Die erste Lehre: Wir brauchen gezieltere Entlastungen.

Eine pauschale Senkung der Energiesteuer wirkt schnell. Das ist in einer akuten Krise ihr großer Vorteil. Aber sie ist teuer und unterscheidet nicht danach, wer Hilfe tatsächlich braucht. Die Pflegekraft mit langem Arbeitsweg wird genauso behandelt wie jemand, der höhere Spritpreise ohne Weiteres verkraften kann.



Deshalb ist es richtig, dass der Bund die Voraussetzungen für einen einkommensbezogenen Direktauszahlungsmechanismus schafft. Wir brauchen endlich eine Infrastruktur, mit der der Staat in einer Krise schnell und gezielt Geld an die Menschen auszahlen kann.

Dann müssen wir beim nächsten Mal nicht wieder mit der Gießkanne verteilen, sondern können diejenigen unterstützen, die besonders belastet und auf ihr Auto angewiesen sind. Das ist gerechter – und es schont die öffentlichen Haushalte.

Die zweite Lehre: Wer an einer Krise außergewöhnlich verdient, muss sich an ihren Kosten beteiligen.

Ich habe hier im Bundesrat schon früher gesagt: Es kann nicht sein, dass einige Unternehmen an einer internationalen Krise außergewöhnlich verdienen, während die Allgemeinheit die Rechnung bezahlt. Dieser Grundsatz gilt auch heute.

Wenn Mineralölkonzerne infolge einer geopolitischen Ausnahmelage Gewinne erzielen, die weit über das normale Maß hinausgehen, dann ist es gerechtfertigt, einen Teil davon zur Finanzierung der Entlastungen heranzuziehen. Deshalb unterstütze ich ausdrücklich das Ziel einer Übergewinnsteuer und das Bemühen der Bundesregierung um eine europäische Lösung.

Nicht, weil Gewinne etwas Schlechtes wären. Im Gegenteil: Gewinne gehören zu einer funktionierenden Marktwirtschaft. Sie belohnen Investitionen, Innovation und unternehmerisches Risiko.

Aber Gewinne, die wesentlich aus krisenbedingten Preissprüngen entstehen und nicht aus zusätzlicher Leistung, sind etwas anderes. Wer von einer Krise in besonderem Maße profitiert, sollte sich auch fair an ihren Kosten beteiligen.

Damit bin ich bei der dritten Lehre: Die beste Versicherung gegen den nächsten Ölpreisschock ist, weniger abhängig vom Öl zu sein.



Kurzfristige Entlastung und langfristiger Umbau gehören zusammen. Wir müssen Elektromobilität und alternative Antriebe voranbringen, den öffentlichen Verkehr stärken und unsere Wirtschaft energieeffizienter machen.

Das ist nicht nur Klimapolitik. Es ist auch Wirtschafts- und Sicherheitspolitik. Denn weniger Abhängigkeit von importiertem Öl bedeutet weniger Verwundbarkeit gegenüber dem nächsten geopolitischen Schock.

Meine Damen und Herren,

Bremen trägt die jetzt notwendige Entlastung mit. Aber beim nächsten Preisschock dürfen wir nicht wieder bei null anfangen.

Wir brauchen einen Staat, der schnell hilft – und gezielt.

Wir brauchen eine faire Beteiligung derjenigen, die an einer Krise außergewöhnlich verdienen - und zwar so schnell wie möglich. Das dürfen wir auf keinen Fall auf die lange Bank schieben.

Und wir müssen unsere Abhängigkeit von fossilen Energieimporten weiter verringern.

Dann wird aus einer kurzfristigen Krisenreaktion eine langfristige Strategie.

Das ist sozial gerecht. Das ist wirtschaftlich vernünftig. Und es macht unser Land widerstandsfähiger.

Vielen Dank.